Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 446. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 24. September 1863.

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, 22. Sept. Für Schleswig sind ferner vier provisorische Verordnungen erlassen worden, darunter eine über Ablösung der Hofdienste auf adligen Gütern und auf Klosterbesitzungen.

Bericht des Staatsministeriums in der Bundesreformfrage.

Die „Nordd. A. Z." ist in den Stand gesetzt, nachstehend den Bericht des königl. Staatsministeriums an Se. Majestät den König in der deutschen Bundesreformfrage zu veröffentlichen. Derselbe lautet wie folgt:

Eurer Majestät allerhöchsten Befehlen entsprechend, beehrt sich das Staatsministerium über die von der kaiserlich österreichischen Regierung angeregte Bundesreformfrage in Nachstehendem alleruntertänigst zu berichten.

Die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfniß entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung ist von Preußen ausgegangen, ehe die Ereignisse von 1848 hereinbrachen. Die ernsten Erfahrungen, die darauf gefolgt sind, haben weder in den Regenten noch in dem Volke Preußens das Bestreben vermindert, dem berechtigten Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen Befriedigung zu verschaffen; aber sie haben die Schwierigkeiten richtiger erkennen lassen und heilsame Lehren gegeben, die zur Vorsicht mahnen müssen in einer großen Sache. Sie haben auch gezeigt, daß es nicht wohlgethan ist, das vorhandene Maß des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.

Diese Erwägungen ließen es Eurer Majestät als geboten erscheinen, in Zeiten, welche jedem Theilnehmer des Bundes den Werth der äußeren und inneren Sicherheit, die ihm derselbe bisher gewährte, besonders anschaulich machen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Maßes von Einigkeit und von Vertrauen auf die Bürgschaften der bestehenden Bundes-Verträge anzustreben. Wir haben aus den uns von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgelegten Aktenstücken ersehen, daß dieselbe Vorsicht von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundes-Verfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden ist, deren Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorrufen mußte, welche noch heut der Widerlegung harren.

Um so dringender wäre zu wünschen gewesen, daß die Einleitung von Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der so gelockerten Beziehungen auf Wegen erfolgt wäre, welche einen befriedigenden Abschluß mit möglichster Sicherheit in Aussicht stellten. Unter denselben lag ohne Zweifel der Versuch einer Verständigung Preußens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten, und konnte das kaiserlich österreichische Kabinet einer bundesfreundlichen Aufnahme derselben von Seiten Eurer Majestät gewiß sein. Statt dessen ist von Oesterreich einseitig die demnächst in Frankfurt vorgelegte Reform-Akte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Eurer Majestät am 3. August d. J. so unvollständige Mittheilung gemacht worden, daß sich darauf ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ. Nur die beabsichtigte Form der Verhandlung war klar und gab Eurer Majestät zuerst zu den gerechten Bedenken Anlaß, welche Allerhöchstdieselben gegen das Beginnen des Werkes durch einen schleunig zu berufenden Fürsten-Congreß, in dem Schreiben vom 4. August d. J. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich ausgesprochen haben.

Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnten ein Werk zum Abschluß bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von Neuem geltend gemacht haben.

Nichtsdestoweniger haben Eure Majestät Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Interesse eines so großen Werkes auch auf einen, ohne Preußens Mitwirkung vorbereiteten Versuch desselben einzugehen und nur den Aufschub der vorgeschlagenen Fürstenversammlung bis zum 1. October d. J. verlangt, ein Aufschub, welcher neben wesentlichen, außerhalb der Sache liegenden Hindernissen der Betheiligung Eurer Majestät durch die für einen Congreß zahlreicher Souveräne nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen bedingt war. Wenn ungeachtet dieses Entgegenkommens Eurer Majestät und nachdem Allerhöchstdero wohlbegründete Weigerung, am 16. August d. J. in Frankfurt zu erscheinen, dem kaiserlich österreichischen Cabinete bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem, der ersten Mittheilung an Ew. Majestät vorhergehenden Datum, an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob dem kaiserlich österreichischen Cabinete von Hause aus nicht die Betheiligung Preußens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separat-Bündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten, an Eure Majestät gelangten Mittheilung vom 3. August für den Fall in Aussicht genommen wurde, daß Preußen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschließen werde.

Die Letzteren sind auch bis zum heutigen Tage nicht amtlich zur Kenntniß der königlichen Regierung gelangt; dagegen ist Eurer Majestät durch das von einem Theile der in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Fürsten und den Vertretern der freien Städte an Allerhöchstdieselben gerichtete Schreiben vom 1. September d. J. das von den hohen und höchsten Unterzeichnern dieses Schreibens bedingungsweise angenommene Ergebniß der frankfurter Verhandlungen mitgetheilt worden.

Diese Mittheilung haben Eure Majestät Ihrem Staats-Ministerium übergeben, in Ausführung der in Allerhöchstdero Antwort-Schreiben an die Theilnehmer des Fürstentages d. d. Baden den 20. August ausgesprochenen Absicht, Allerhöchstdero Entschließungen erst dann feststellen zu wollen, wenn, durch geschäftsmäßige Bearbeitung der Angelegenheit von Seiten Ihrer Räthe, die zu erwartenden Abänderungen der Bundes-Verfassung in ihrem Verhältnisse zu der berechtigten Machtstellung Preußens und zu den berechtigten Interessen der Nation eingehend geprüft sein würden. Als Ergebniß dieser Prüfung haben sich die gewichtigsten Bedenken herausgestellt, welche den Entwurf für Eure Majestät weder als König von Preußen noch als deutscher Fürst annehmbar erscheinen lassen, wenn nicht Veränderungen mit ihm vorgenommen werden, welche seine Grundlagen selbst berührend, seinen ganzen Charakter wesentlich verändern. Wie der Entwurf vorliegt, kann unser allerunterthänigster Antrag nur dahin gehen, daß es Ew. Majestät gefallen möge, demselben die allerhöchste Zustimmung zu versagen.

Die verhältnißmäßige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesammtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundes-Centralgewalt so zusammen zu setzen und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte, und der Bedeutung der einzelnen Bundesglieder nach Maßgabe ihrer eigenthümlichen und selbstständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und läßt sich bei dem besten Willen aller Betheiligten weder schnell, noch vollständig überwinden. Sie steigert sich nothwendig in dem Maße, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend, die Sicherheit seiner Theilnehmer und des Bundesgebietes zu gewährleisten, sondern auch in der äußern wie in der innern Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen.

Bis in die letzten Decennien ist es deshalb mit Sorgfalt vermieden worden, die Haltbarkeit des Bundes durch eine Erweiterung seines ursprünglichen Zweckes auf die Probe zu stellen. Man sagte sich mit Recht, daß das Einverständniß der mächtigsten Mitglieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen, die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Action des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preußen noch Oesterreich der Freiheit vollständig entsagen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesammtheit ihrer Monarchien zu regeln.

Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheits-Abstimmung im Schoße des Directoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik jeder dieser beiden Mächte in der durch das Centralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesammtpolitik des Letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich und trägt den Keim der Voraussetzung in sich, daß das neue Bnndes-Verhältniß in vergleichungsweise kürzerer Zeit als das alte, um uns der Worte des kaiserlich österreichischen Promemoria zu bedienen, den Eindruck von „Resten einer wankend gewordenen Rechtsordnung machen werde, welcher der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnte."

Um einer beklagenswerthen Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerläßlich, daß der Bund durch eigene Aktion in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnisse der beiden Großmächte eingreife und daß jeder der Letzteren ein Veto mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zustehe.

Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Ohne dasselbe würde je nach den Umständen die eine oder die andere der beiden Großmächte in die Lage kommen, sich der anderen, durch eine Majorität weniger Stimmen verstärkten — ja, selbst mit der andern zusammen, sich der Majorität dieser Stimmen, unterwerfen zu sollen — und doch der Natur der Dinge nach, und ihrer eigenen Existenz halber, sich nicht unterwerfen zu können. Man kann sich einen solchen Zustand auf die Dauer nicht als möglich denken. Es können Institutionen weder haltbar sein noch jemals werden, welche das Unmögliche von Preußen oder von Oesterreich fordernd — nämlich, sich fremden Interessen dienstbar zu machen — den Keim der Spaltung unverkennbar in sich tragen. Nicht auf der gezwungenen, oder geforderten und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit, beruht die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. Jeder Versuch, eine große politische Maßregel gegen den Willen der einen oder der anderen durchzusetzen, wird nur sofort die Macht der realen Verhältnisse und Gegensätze zur Wirksamkeit hervorrufen.

Es wäre eine verhängnißvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im Voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im Stande wäre.

Der Anspruch jeder der beiden Großmächte auf ein derartiges Veto ist um so weniger ein unbilliger zu nennen, als die Berechtigung, eine Kriegs-Erklärung zu hindern, verfassungsmäßig jeder Minorität beiwohnt, welche ⅓ der Stimmen auch nur um 1 übersteigt, (Art. 40 d. W. Sch. A.) ein solches Drittheil aber, sobald ihm keine der beiden Großmächte angehört, niemals eine Bevölkerung repräsentiren kann, welche der der preußischen oder der österreichischen Bundesländer gleichkäme. Die 4 Königreiche, Baden und beide Hessen bilden zusammen das an Volkszahl stärkste Drittheil der Plenarstimmen, welches sich ohne Betheiligung einer der Großmächte kombiniren läßt; sie haben zusammen 12,916,000 Einwohner und 25 Stimmen im Plenum, also 3 über ⅓. Es bestehen 23 Stimmen im Plenum, welche zusammen nur 2,400,000 Einwohner ihrer Staaten vertreten, und jeder Kriegs-Erklärung ihr gemeinsames Veto entgegensetzen können. Um wie viel mehr hat Preußen, mit einer Bevölkerung von 14½ Million im Bunde, auf dasselbe Recht Anspruch.

Aber nicht blos da, wo es auf Verhütung von Unternehmungen ankommt, durch welche die Festigkeit des gemeinsamen Bandes in Frage gestellt werden kann, sondern auch in Betreff der Betheiligung an der regelmäßigen Thätigkeit des Bundes, erscheint es nothwendig, daß die Formen der Bundes-Verfassung der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Thatsachen seien.

Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Oesterreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl. Die formelle Gleichstellung Preußens und Oesterreichs ist daher schon zu verschiedenen Epochen Gegenstand der Verhandlung gewesen, und bei Gründung der provisorischen Bundes-Central-Commission, in Folge der Uebereinkunft vom 30. Sept. 1849, haben beide deutsche Großmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund, Namens sämmtlicher Bundes-Regierungen, übernommen. Auf dem Gebiete, in welchem bisher die Competenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem kaiserlich-österreichischen Hofe vertragsmäßig in Form der geschäftlichen Leitung der Bundesversammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiete umfassender Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes und für Organe, welche den Bund wesentlich nach außen zu vertreten bestimmt sind, kann Preußen eine bevorzugte Stellung Oesterreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit.

Daß es sich in dem Reform-Entwurfe, ungeachtet der Bezeichnung des Vorsitzes als einer nur formalen Leitung der Geschäfte, nicht um eine unwesentliche Aeußerlichkeit handelt, wird um so mehr einleuchten, wenn man sich erinnert, daß selbst unter den alten Verhältnissen Preußen sich gegen eine ungerechtfertigte Ausdehnung der Bedeutung des Präsidialrechts hat verwahren müssen,*) welche dasselbe zu einem wesentlichen politischen Vorrecht Oesterreichs und zu dem charakteristischen Ausdruck der deutschen Einheit stempeln wollte.

Nach solcher Erfahrung würde die preußische Regierung nicht der Verständigung ein erlaubtes Opfer — und zwar ein Opfer an Oesterreich, nicht an Deutschland — bringen, sondern ein Unrecht am eigenen Lande begehen, wenn sie bei erweiterter Competenz des Bundes und bei erhöhter Bedeutung der dem Präsidium vorbehaltenen, diplomatischen Beziehungen nach außen, auf den Anspruch der Gleichstellung verzichtete.

Indem wir Euer Majestät die Parität Preußens mit Oesterreich und die Beilegung eines Veto in den oben bezeichneten Grenzen als unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens nothwendige Vorbedingungen der Zustimmung zu einer Erweiterung des Bundeszweckes und der Competenz der Bundes-Central-Behörde bezeichnen, verkennen wir nicht, daß damit die Aufgabe einer Vermittlung der divergirenden dynastischen Interessen behufs Erleichterung der einheitlichen Action des Bundes nicht gelöst wird. Den Streit derselben durch die Majoritäts-Abstimmungen der im Directorium vertretenen Regierungen kurzer Hand zu entscheiden, scheint uns weder gerecht noch politisch annehmbar. Das Element, welches berufen ist, die Sonder-Interessen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesammtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln, wird wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können. Um die Institution der letzteren in diesem Sinne zu einer fruchtbringenden zu machen, wird es nothwendig sein, sie mit entsprechenderen Attributionen auszustatten, als dies nach dem frankfurter Entwurf der Fall sein soll, und ihre Zusammensetzung so zu regeln, daß die Bedeutung eines jeden Bundeslandes den seiner Wichtigkeit angemessenen Ausdruck darin finde.

Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformacte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Directorium, mit und ohne Beirath des Bundesrathes, gegeben werden; die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Particular-Interessen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnißmäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugniß auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht particularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

Diese Bürgschaft kann Euer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus directer Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Wiederspiel dynastischer und particularistischer Interessen ausschließen, welcher sein Gegengewicht und sein Correctiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstabe der Bevölkerung durch directe Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Theil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden; — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden particularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden.

Wir haben uns erlaubt, in Vorstehendem nur die wesentlichsten Mängel hervorzuheben, ohne deren Beseitigung unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens, eine Bundesreform der vorgeschlagenen Art für Preußen nicht annehmbar ist. Auch halten wir eine Kritik der Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs für unfruchtbar, so lange eine Verständigung über jene Hauptpunkte nicht erreicht ist. Wir stellen deshalb Eurer Majestät allerunterthänigst anheim, über die Letzteren zunächst mit Allerhöchstdero Bundesgenossen in Verhandlung zu treten und sobald Euere Majestät der Geneigtheit begegnen, auf die vorstehend angedeuteten Grundlagen einzugehen, die kaiserlich österreichische Regierung zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Eurer Majestät Regierung Ministerial-Conferenzen zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und freien Städten zur Genehmigung vorzulegenden Reformplanes zu berufen. Von dem Beschlusse der deutschen Souveräne wird es alsdann abhängen, ob sie über dasjenige, was sie der Nation darzubieten beabsichtigen, die Aeußerung der Letzteren selbst durch das Organ gewählter Vertreter vernehmen, oder ohne deren Mitwirkung die verfassungsmäßige Einwilligung der Landtage jedes einzelnen Staates herbeizuführen versuchen wollen.

Für Euer Majestät Regierung wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtages die Gelegenheit darbieten, die Auffassung der preußischen Landes-Vertretung in Betreff des Inhalts der vorliegenden Reformacte und der von der königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundsätze, kennen zu lernen, und wie wir nicht zweifeln, werden die Kundgebungen der preußischen Landes-Vertretung schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß nur solche Aenderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmäßige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesammten deutschen Nation in gleichem Maße ihre Berücksichtigung finden.

Das preußische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandtheil des deutschen und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen, wie in seinen Wünschen und Gesinnungen mit der Gesammtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preußischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von Seiten des deutschen Volkes gewähren wird.

Berlin, den 15. September 1863.

Das Staatsministerium.

(gez.) v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Gr. v. Itzenplitz. v. Mühler. Gr. zur Lippe. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg.

An des Königs Majestät.

*) Conf. Depesche des Grafen Rechberg an den kaiserlich österreichischen Gesandten in Dresden vom 5. November 1861 und Anlage dazu; und Depesche des Grafen von Bernstorff an den Freiherrn von Werther vom 2. Februar 1862.

Preußen.

Berlin, 23. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Lieutenant a. D. und Gutsbesitzer Freiherrn. v. Duecker zu Rödinghausen im Kreise Iserlohn das Kreuz der Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern und dem Ackerwirth Christoph Reimann zu Daleszyn im Kreise Schrimm die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Hypothekenbewahrer König in Prüm den Charakter als Steuer-Rath zu verleihen; und die seitherigen Beigeordneten Eduard Eberts und Jacob Macher zu Kreuznach, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, und zwar den ꝛc. Eberts als ersten und den ꝛc. Macher als zweiten Beigeordneten der Stadt Kreuznach für eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Kammerherrn Gustav Ganz Edlen Herrn zu Putlitz auf Retzin bei Perleberg die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes des herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Se. Maj. der König] wird, wie die „Kreuzztg." hört, am 28. d. M. Abends sich nach Baden-Baden begeben, um den Geburtstag Ihrer Majestät der Königin (30. September) daselbst zu verleben. Die Abwesenheit Sr. Majestät von hier wird dem Vernehmen nach etwa sechs Tage dauern.

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag 12 Uhr wieder in einer Sitzung zusammen.

[Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg], welcher wegen erneuerten Unwohlseins gestern Abend der Besprechung des Staatsministeriums nicht beiwohnen konnte, wird, wie man glaubt, in nächster Zeit noch eine kurze Erholungsreise antreten.

[Die Antworten an die deutschen Fürsten.] Wie die „Kreuzztg." hört, gehen heute die Antworten ab an die Fürsten und freien Städte, welche Sr. Majestät dem Könige gemeinschaftlich ihre Mittheilung über die Beschlüsse des Fürstentages gemacht haben. Die Antwort ist an jeden eine besondere. Die Vorschläge Oesterreichs, beziehentlich seiner Verbündeten, werden darin von Preußen abgelehnt. Ferner werden gewisse Bedingungen für eine Bundesreform aufgestellt, so die Parität mit Oesterreich, das Veto jeder der beiden Großmächte, andere Organisation der Landesvertretungen am Bunde u. s. w. Erst wenn über diese Punkte einige Einigkeit der Fürsten erzielt sei, werde Preußen bereit sein, auf nähere Verhandlungen über die Reform einzugehen. Auch an die übrigen deutschen Fürsten, welche jene frankfurter Mittheilung nicht unterzeichnet haben, sind zur Sache Mittheilungen abgegangen, um sie von dem, was geschehen, zu unterrichten.

[Noch ein officielles Organ.] Unter dem Titel: „Preußische Correspondenz" wird hier vom 1. Oktober d. J. ab eine ministerielle Zeitungs-Correspondenz erscheinen, welche zunächst dazu bestimmt sein soll, authentische Nachrichten aus den Kreisen der Regierung zu verbreiten.

[Die Wahlen.] Die „Nordd. A. Z." hält die Mittheilungen der „Elbf. Z.", daß die Urwahlen am 21., die Wahlen der Abgeordneten am 29. Oktober stattfinden, der Landtag aber in den ersten Tagen des November eröffnet wird, für „durchaus zuverlässig.'

[Keine Stellvertretungskosten.] Die „Kreuzztg." schreibt: Bisher wurden bekanntlich den Beamten, namentlich den richterlichen, wenn sie sich zu Abgeordneten wählen ließen, auch die Kosten für ihre Stellvertretung im Amte von der Regierung gezahlt, so daß diese die Diäten, das Gehalt und auch noch die Stellvertretungskosten hergab, also hier dreimal zahlte. Wie verlautet, werden von jetzt an letztere Kosten nicht mehr gezahlt werden, sondern der Beamte, der in die Kammer gehen will, hat selbst für seine Vertretung zu sorgen, wie Geistliche, Aerzte, Gutsbesitzer, Kaufleute ꝛc. das schon immer gethan.

[Unterrichtsgesetz.] Im Cultus-Ministerium sind, wie die „Kreuzzeitung" hört, die Arbeiten über das Unterrichtsgesetz wieder aufgenommen worden.

[In Betreff des bei Zeitungsconfiscationen zu beobachtenden Verfahrens] existirt eine Ministerial-Verfügung vom Jahre 1858

an das Polizeipräsidium in Berlin, laut welcher vorkommenden Falls nur der Bogen, in welchem sich die incriminirte Stelle befindet, mit Beschlag belegt werden soll. Durch ein Rescript vom 26. August d. J. ist in Königsberg die frühere und auch nach 1858 noch in den Provinzen gehandhabte Praxis, nach welcher die ganze Zeitung confiscirt wurde, aufrecht erhalten, und ist nun auch, wie der „M. C." erfährt, das berliner Polizeipräsidium angewiesen worden, in dieser Weise zu verfahren. Die genannte Verfügung von 1858 ist demnach abrogirt.

[Murawieff.] Wie die „B.- u. H.-Z." vernimmt, wird General Murawieff, der vielgenannte Generalgouverneur der Woiwodschaft Lublin, in der künftigen Woche nach Berlin kommen, um sich hier der ärztlichen Behandlung zu unterziehen.

Gumbinnen, 22. Sept. [Zu den Wahlen.] Auf Grund einer uns von Hrn. Temme direct zugegangenen Mittheilung können wir die bestimmteste Versicherung geben, daß er bereit ist, eine auf ihn fallende Wahl für das Abgeordnetenhaus anzunehmen und eventuell dann nach Preußen zurück zu kehren. — Wie wir bereits bemerkt, ist er noch preußischer Staatsbürger und steht daher seiner Wahl ein gesetzliches Hinderniß nicht entgegen. (Pr. Litth. Z.)

Nordhausen, 21. Sept. [Die gestrige Wahlmänner-Versammlung] war auch von vielen Herren vom Lande besucht. Es wurde die politische Lage in eingehenden Vorträgen von den Herren Stadtrath Grimm, Fabrikant Salfeldt und Justizrath Berndt besprochen. Herr Salfeldt referirte zugleich über die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses in der vorigen Session und über einige dem Hause aus dem hiesigen Kreise zugegangene Petitionen. Es wurde einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Wahlmänner und des bisherigen Abgeordneten beschlossen. (Nordh. Z.)

Minden, 20. Sept. [Oktober-Feier.] Der Magistrat hat nach der „Westf. Z." es abgelehnt, sich an der leipziger Feier zu betheiligen, will aber eine örtliche Feier veranstalten. — Hoffentlich werden sich die Stadtverordneten für eine Betheiligung an der National-Feier in Leipzig entscheiden.

Neuß, 20. Sept. [Ablehnung.] Wie verlautet, dürfte der bisherige Abg. Sartorius eine Wiederwahl ablehnen.

Barmen, 22. Septbr. [Wahl-Angelegenheit.] Gestern Abend fand hierselbst im Gasthof zum „Clevischen Hofe" eine große Versammlung von liberalen früheren Wahlmännern der Städte Elberfeld und Barmen statt, in der die Candidatur der Herren Schulze-Delitzsch in Potsdam und Peter Lud. Schmidt in Elberfeld mit Freuden begrüßt und einstimmig angenommen wurde. Einer Deputation von Barmen gegenüber machte Herr P. L. Schmidt das Programm der Fortschrittspartei zu dem Seinigen. Es werden also die Namen Schulze-Delitzsch und P. L. Schmidt auf die Fahne der liberalen Partei des Wupperthales für die nächste Abgeordnetenwahl geschrieben.

Frankreich.

*** Paris,** 21. Sept. [Die polnische Frage. — Die mexicanische Krone.] In „La France" liest man: „Ein Abendblatt sagt heute, man vermuthe sehr stark, die Höfe in Paris, London und Wien hätten sich zu dem Zweck verständigt, als Antwort auf die letzte Depesche des Fürsten Gortschakoff eine neue Mittheilung an ihre Vertreter in Petersburg zu richten. Es ist natürlich, daß die drei Höfe nach dem Empfang dieser Depesche sich ihre Eindrücke mittheilen und sich über die zu ergreifende zweckmäßige Haltung verständigen. Der von Rußland gemachten Erklärung gegenüber ist es indessen nutzlos, die Discussion zu verlängern, und man kann schwerlich glauben, daß die Westmächte es für zeitgemäß halten, die Argumente des petersburger Cabinets von neuem zu discutiren. Wenn sie sich entschlössen, Rußland gemeinschaftlich eine neue Mittheilung zu machen, so ist es wahrscheinlich, daß dieselbe etwas anderes als eine gewöhnliche Note sein und in der diplomatischen Sprache einen anderen Namen haben würde. Es ist aber jetzt unmöglich, diese Entschlüsse zu bestimmen, welche die Umstände den Cabineten einflößen werden, und es ist zweckmäßig, den Gang der Ereignisse abzuwarten. — Aus sehr verläßlicher Quelle wird die Nachricht mitgetheilt, daß der intimste Commis Voyageur des Kaisers, Herr de la Ronciere le Nourry, welcher vor Beginn des italienischen Krieges u. A. eine so geheimnißvoll rührige Thätigkeit zeigte, im Beginne laufenden Monats mehrere Tage beim Erzherzog Ferdinand Maximilian in Miramare verweilte und von dorther die bestimmte Zusicherung heimgebracht habe, der Erzherzog werde trotz des sehr energischen Abrathens seines Schwiegervaters, Leopold I., die mexicanische Kaiserkrone annehmen.

Großbritannien.

*** London,** 21. Sept. [Die Presse über die polnische Frage.] „Daily News" sagt heute: „Rußland weiß, daß das Einverständniß der drei Mächte nicht weiter geht, als bis zu Redensarten. Das wird aber anders sein, sobald der Augenblick zur Action gekommen sein wird. Dieselben Gründe, um derentwillen die Mächte jetzt den Frieden aufrecht erhalten, werden dann zu ganz entgegengesetzten Schlüssen führen. Rußland vergißt, daß das französische Reich eine gekrönte Demokratie ist und daß die napoleonische Dynastie bei den Polen eine Schuld contrahirt hat, die es bezahlen wird." — Das Urtheil der „Morning-Post" lautet: Es ist jetzt klar, daß Rußland blos Zeit gewinnen wollte, als es vor einigen Monaten auf die Bemerkungen der Mächte antwortete und sie um Rathschläge bat. Rußland hat nie andere Absichten gehabt als die, welche sich aus der Politik Murawieff's ergeben. Das petersburger Cabinet stellt sich, als beunruhige es sich über die Verantwortlichkeit nicht, welche die Mächte ihm aufgebürdet haben. Der Tag der Rechnungsablage wird kommen. Wir bezweifeln, daß derselbe so fern ist, wie Rußland es denkt." — Auch die „Times" bespricht heute die Antworten des Fürsten Gortschakoff und zwar in einem ziemlich ruhigen Tone.

Rußland.

Unruhen in Polen.

H. **Warschau,** 22. Sept. [Die Entschädigung der Geplünderten. — Deportation. — Berichtigung. — Amtsniederlegung.] Bei der Plünderung des Zamoyski'schen Palais haben sich einige junge Offiziere sehr brav benommen, und ihrem Eifer ist es zu danken, daß noch manches gerettet wurde. Auch wird des Generals Bebutow in dieser Beziehung lobend erwähnt. — Die Läden in dem großen Palais mußten gestern geleert werden, und da es in einem Tage geschehen mußte, so läßt es sich denken, welcher Schaden dabei angerichtet wurde. Auch geplündert wurde hierbei neuerdings. Die russische Regierung scheint aber im Sinn zu haben, sämmtliche Schäden der Einwohner jenes Palais von der ganzen Stadt bezahlen zu lassen. Es scheint dieses daraus hervorzugehen, daß jene Einwohner aufgefordert worden sind, die Schäden anzugeben, und andererseits läßt sich die Polizei von den Bürgern der Stadt ihre Erwerbszweige und ihr Einkommen angeben, wahrscheinlich, um danach die Entschädigungs-Summe zu repartiren. — Unter den Russen wird erzählt, daß ein unterirdischer Gang entdeckt wurde, welcher die Keller der Kreuzkirche mit den Kellern des großen Zamoyskischen Palais vereinigte, und daß in diesem Gange eine Druckerei und mehrere Personen entdeckt wurden. Die Nachricht ist erfunden. In der Nacht von Sonnabend zu Montag sind einige dreißig Personen von der Citadelle gebracht, und mit der Eisenbahn nach Petersburg geschickt worden, wo über ihr weiteres Loos entschieden werden soll. Einige dieser Deportirten sind von der Untersuchungs-Commission als ganz unschuldig erkannt worden. Zu diesem letztern gehört Rothwand, der in Folge einer anonymen Denunciation verhaftet wurde. Was diese Denunciation betrifft, so weiß man jetzt ganz genau, daß man ungerecht war, Tugendhold als Denuncianten anzugeben, da sie von einer ganz anderen Seite kam. — Schließlich habe ich eine vor längerer Zeit von mir gegebene Nachricht zu bestätigen, obwohl sie von andern Blättern angezweifelt wurde, daß nämlich der bisherige Oberdirektor der Commission der Culten, Krzewicki, sein Amt niedergelegt hat. An seine Stelle ist der, allerdings sehr brave und gelehrte, aber durch Alter abgestumpfte Leon Dembowski ernannt.

— Aus Warschau geht uns die Nachricht zu, daß der Secretär der jüdischen Gemeinde, Rothwand, mit 4 anderen Juden aus der Citadelle nach Sibirien transportirt worden ist. Es wurde ihnen nicht gestattet, vor ihrer Abreise sich von ihren Familien zu verabschieden. (Ostd. Ztg.)

Breslau, 24. Sept. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Oderstraße Nr. 20 ein schwarzer Tuchrock mit schwarzen Knöpfen und schwarzem Camlotfutter; Oderstraße Nr. 29 zwei Stück Gänse; am oberschlesischen Bahnhofe Nr. 4 zwölf Stückchen Butter; aus einer verschlossenen Geschirrkammer auf dem Kürassier-Reitplatze ein schwarzer Tuchrock, zwei bereits abgetragene Arbeitsröcke und zwei Paar Stiefeln.

Im Laufe der verflossenen Woche sind von einem Hürdlerknechte an der Besitzung des Erbsaß Berger, Michaelisstraße Nr. 12, eine Anzahl Mauer-Ziegeln abgeladen worden, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, den betreffenden Eigenthümer derselben zu ermitteln.

Verloren wurde: ein Gesindedienstbuch, auf den Namen Caroline Guroll lautend.

[Unglücksfall.] Am 22sten d. Mts. hatte sich ein auf dem Baue neue Taschenstraße Nr. 12 beschäftigter Maurergeselle, welcher sich in angetrunkenem Zustande befand, in dem Gehöft des genannten Grundstücks niedergesetzt, um zu schlafen, war aber hierbei umgesunken und mit dem Hinterkopfe auf ein in der Nähe liegendes Stück Ziegel gefallen, wobei er sich so erheblich beschädigte, daß seine Unterbringung im Kloster der barmherzigen Brüder erfolgen mußte.

[Kindermord.] Der auf der Klosterstraße Nr. 70 wohnende, 38 Jahr alte Böttchermeister Gerlach, seit ca. 1 Jahre Wittwer, holte am 21. d. M. Nachmittags seine beiden Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, im Alter von 6 und 2½ Jahren, welche sich, und zwar das eine bei dem in der Vorwerksstraße wohnenden Böttchermeister S., das andere bei einem Briefträger an der Oberschlesischen Eisenbahn in Pflege befanden, von dort ab, um mit denselben angeblich einen Spaziergang zu unternehmen. Obwohl die Rückkehr der beiden Kinder zu den betreffenden Pflegeeltern an dem Abend desselben Tages nicht erfolgte, so lag doch für letztere keine Veranlassung vor, dieserhalb nähere Recherchen anzustellen, da sie voraussetzen durften, daß Gerlach die Kinder die Nacht über bei sich behalten würde. Erst im Laufe des Vormittags am 22. d., nachdem dem Böttchermeister S. ein mit Bleistift beschriebener Zettel zugekommen war, durch welchen er aufgefordert wurde, sich nach der Wohnung des Gerlach zu begeben, und jener bei seinem Eintreffen daselbst solche verschlossen vorfand, wurde S. besorgt, und da die sofort angestellten Nachfragen zu keinem Resultat führen wollten, schließlich die Thüre der G.'schen Wohnung gewaltsam geöffnet. In letzterer fand man denn beide Kinder bis auf das Hemde entkleidet, tödtlich verletzt, aber noch lebend, in ihrem Blute, und zwar den Knaben im Bette, das Mädchen auf dem Fußboden des Zimmers liegend vor. Jedes derselben hatte eine tiefe Stichwunde in der linken Seite der Brust und in der Schläfegegend des Kopfes Beschädigungen, letztere augenscheinlich durch Schläge mittelst eines stumpfen harten Gegenstandes herbeigeführt. Den zur Zeit im nahe belegenen Kloster der barmherzigen Brüder anwesenden Herren Aerzten, Dr. Klose und Dr. Lorenz, welche nach erhaltener Kunde sofort herbeieilten, starb das Mädchen unter den Händen, der Knabe dagegen wurde in das Hospital genannten Klosters geschafft. Der unnatürliche Vater, welcher spurlos verschwunden war, wurde nach vielem vergeblichen Suchen am Nachmittage desselben Tages auf dem Holzplatze am Steindamm betroffen und festgenommen, als derselbe sich eben in die Ohlau stürzen wollte. Er räumte die That ein, und gab an, daß er seine Kinder, da er die Absicht gehabt, seinem Leben ein Ende zu machen, nicht als Waisen habe zurücklassen wollen. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 23. Sept. 10 U. Ab.	328,07	+8,4	S. 1.	Ueberwölkt.
24. Sept. 6 U. Mrg.	330,26	+7,4	S. 1.	Heiter.

Breslau, 24. Sept. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 2 Z. U.-P. — F. 8 Z.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 23. Sept. [Gefangene. — Kranke Soldaten.] Gestern wurden unter Bedeckung von vier Maun Soldateu vom Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 21 zwei Civilisten und zwei Soldaten, dem 5. Artillerie-Regiment gehörig, von der Grenze hier eingebracht und zunächst der Hauptwache überliefert. Erstere sollen Insurgenten, Letztere muthmaßlich Deserteure sein. Gleichzeitig trafen an demselben Tage wiederum zwei Wagen mit kranken Soldaten hier ein, die ihren Weg nach dem hiesigen Lazareth nahmen. (Ostd. Z.)

Schrimm, 22. Sept. [Zum Aufstande.] In unserer Stadt herrscht heute große Aufregung. In der Nacht um 2½ Uhr wurde Alarm geblasen und beide Compagnien der Garnison rückten eiligst aus. Die Veranlassung dazu war folgende: Gestern am späten Abend kam der Gendarm von Dolzig auf seinem Patrouillendienst nach dem Dorfe Radzewo, etwa eine halbe Meile von hier, und wurde von dem dortigen Amtmann eingeladen, über Nacht zu bleiben, was jener auch annahm. Bald nach Mitternacht langte ein starker Trupp von Reitern auf dem Gehöfte an und verlangte sofort 20 Scheffel Hafer und einige Lebensmittel, was der Amtmann nothgedrungen geben mußte. Der Hafer wurde auf die Erde gestreut und so den Pferden vorgeworfen, wobei natürlich Laternen nicht fehlen durften. Der Gendarm, von dem Lärm erwacht, eilte in den Stall, sattelte sein Pferd und glaubte unbemerkt entkommen zu können, um schnell hierher zu reiten und Anzeige zu machen. Allein die polnischen Ulanen, denn solche waren es, entdeckten sein Vorhaben und hielten ihn so lange fest, bis die Pferde satt gefüttert waren. Darauf wurden ihm die Augen verbunden, er auf sein Pferd gesetzt und gezwungen, mit dem Trupp zu reiten, welcher gemächlich weiter zog, als sei er in vollkommener Sicherheit. Nach etwa einer Stunde wurde Halt gemacht und dem Gendarm angedeutet, daß er sich jetzt nach Hause begeben könne, in entgegengesetzter Richtung, wobei ihm die Binde von den Augen genommen wurde; darauf sprengte der ganze Zug im Galopp davon. Wenngleich anfangs mit dem Wege unbekannt, fand der Gendarm sich doch bald zurecht und sprengte rasch hierher, wo er auf dem Landrathsamte Meldung machte, und worauf eine halbe Stunde später unser Militär ausrückte. Gegen 9 Uhr Morgens kam die eine Compagnie zurück und lieferte 4 Insurgenten ab, welche nur den niedern Ständen angehören, und eigentlich als Vagabonden aufgegriffen waren; die andere Compagnie rückte mehrere Stunden später wieder ein. Da zu vermuthen ist, daß die erwähnte Reiterschaar versprengte Insurgenten sind, welche in den nahe liegenden Wäldern sich umhertreiben, wodurch die Landstraßen leicht unsicher werden können, so steht wohl zu erwarten, daß sie recht bald von einer starken Cavallerie-Abtheilung werden verfolgt werden. (Pos. Z.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die 3pCt. begann zu 67, 70, hob sich auf 67, 85 und schloß ziemlich fest, aber unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 80. Italien. 5proz. Rente 73, 60. Ital. neueste Anleihe —, —. 3prz. Spanier 51½. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 412, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1177, 50. Lombard. Eisenb.-Aktien 567, 50.

London, 23. Sept., Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 51⅛. Consols 93⅜. 1proz. Spanier 48¾. Mexikaner 46⅝. 5proz. Russen 93½. Neue Russen 93¼. Sardinier 89.

Der Dampfer „City of Limerick" ist von Newyork in Cork eingetroffen. — Der Postdampfer „City of Baltimore" mit 488,893 Dollars an Contanten hat newyorker Nachrichten vom 12. d. nach Queenstown gebracht.

Wien, 23. Sept., Nachm. 12 Uhr 30 Minuten. Die Börse ist äußerst wenig besucht und ganz geschäftslos. Die Course sind fast unverändert. Credit-Aktien 190. 1860er Loose 99, 50. London 111, 10.

Hamburg, 23. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fondsbörse schwach besucht, wenig fest, doch fester als gestern Abend, wo sie sehr matt war. Wetter trübe und kühl. Schluß-Course: National-Anleihe —. Oesterr. Credit-Aktien 84⅜. Vereinsbank —. Nordd. Bank 107¼. Rheinische —. Nordbahn 63½. Disconto 3, 3¼.

Hamburg, 23. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco niedriger verlauft, auswärts sehr flau, Stettin 84pfd. Frühjahr zu 100 Thlr. offerirt. Roggen loco stille, ab preuß. Ostseehäfen flau, Oktober alter und pr. Frühj. neuer zu 65 Thlr. offerirt. Oel stille, Oktober 27⅛, Mai 26¼. Kaffee unverändert, ruhig. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 23. Septbr. [Baumwolle.] 15,000 Ballen Umsatz. Preise steigend.

London, 23. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen zu Montagspreisen verkauft; in fremdem Weizen sehr beschränktes Geschäft. Frühjahrsgetreide unverändert. — Trüber Himmel.

Amsterdam, 23. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille, Roggen, gedörrter loco 3 Fl. niedriger, Termine fest. Raps November 69½, April 71½. Rüböl November 39¾, April 40¼.

Berlin, 23. Sept. Die seit langer Zeit anhaltende Geschäftsstille konnte heute durch den schwachen Besuch nur noch vermehrt werden; der jüdische Festtag hielt mehr als drei Viertel der regelmäßigen Börsenbesucher fern. Gleichwohl war das Geschäft in einigen Sachen, namentlich in Oesterreich. Credit-Actien und 60er Loosen, lebhafter, als man unter diesen Verhältnissrn erwarten konnte. Auch in Franzosen und Lombarden war die Börse nicht ganz unthätig, und ebenso war in Darmstädter Credit und mehreren inländischen Eisenbahnen, besonders auch in Köln-Mindener, die Börse nicht ohne Geschäft. Die in Folge der gedrückten pariser Coursnotirungen anfangs flaue Stimme besserte sich im Laufe der Börse, wo von Wien bessere Course eintrafen, als man erwartet hatte. Ganz flaue Stimmung erhielt sich nur in preuß. Fonds, die bei großer Leblosigkeit sich merklich drückten: Prämien-Anleihe um ½ %, Staatsschuldscheine und convertirte Anleihe um ¼ %. Von Geldumsatz war nichts wahrzunehmen. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 23. September 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	101¾ G.
Staats-Anl. von 1859	5	106 bz.
dito 1850. 52	4	98½ bz.
dito 1854	4½	101¾ bz.
dito 1855	4½	101¾ bz.
dito 1856	4½	101¾ bz.
dito 1857	4½	101¾ bz.
dito 1859	4½	101¾ bz.
dito 1853	4	98½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	125¼ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102¾ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	90⅜ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	90¼ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	96½ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	95 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99⅛ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	99¼ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	97 bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	97¾ G
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	98¾ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	99½ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	100 bz.

Louisd'or 110⅛ bz.	Oest. Bankn. 89½ bz.
Goldkronen 9. 6⅞ bz.	Poln. Bankn. — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	69 B
dito Nat.-Anl.	5	74 à 74¼ bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	88¾ à 89 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	85½ B.
dito Eisenb.-L.	—	82⅜ B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	91 G.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	78½ B.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	90½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¼ G
dito à 300 Fl.	5	91 B.
dito à 200 Fl.	-	22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¼ B.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	31 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	101¼ B.
dito II.	4½	101⅛ B.
dito IV.	4½	100 B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	82⅜ B.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	103½ B.
dito	4	96 B.
dito III.	4	94 bz.
dito	4½	101⅝ B.
dito IV.	4	92⅝ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	91¾ G.
dito III.	4½	97½ B.
Niederschl. Märk.	4	97½ B.
dito conv.	4	97⅞ B.
dito III.	4	96⅝ B.
dito IV.	4½	101 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	101½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	87⅜ B.
dito C. u. D.	4	97 G.
dito E.	3½	84½ bz.
dito F.	4½	101 B.
Oest. Franz.	3	264 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	262 bz
Rhein v. St. gar.	4½	101¼ B.
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	100¼ B

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	94¾ B.
Aachen-Mastrich	0	0	4	32½ G.
Amsterd.-Rottd.	5 1/15	6	4	107 B.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	109¼ etw. bz.
Berlin-Anhalt.	8¼	8½	4	155½ bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	123½ B.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	195 etw. bz u B.
Berlin-Stettin.	7 1/12	7 7/12	4	137 B.
Böhm. Westb.	—	—	5	72¼ B.
Breslau-Freib.	6⅔	8	4	137½ bz.
Cöln-Minden.	12¼	12⅝	3½	181½ bz.
Cosel-Oderberg.	0	½	4	63 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	92½ B.
dito dito	—	—	5	98½ B.
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	144 B.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	297¼ G.
Magd.-Leipzig.	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅛	1 1/15	4	67⅛ bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	129 bz u. B.
Mecklenburger.	2⅞	2¼	4	67½ etw. bz u. B.
Neisse-Brieger.	3½	4⅔	4	94 bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97¼ G.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	66½ bz.
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	64 bz.
Oberschles. A.	7 1/15	10⅓	3½	160 bz.
dito B.	7 1/15	10⅓	3½	144½ B.
dito C.	7 1/15	10⅓	3½	160 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 1/15	—	5	108½ bz u B.
Oestr. südl. St.-B.	8⅝	—	5	148 à 148¼ bz.
Oppeln-Tarn.	⅘	2⅓	4	65 B.
Rheinische.	5	6	4	100¾ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	107¾ B.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	27 etw bz u. B.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 11/12	4½	3½	99¼ etw bz.
Stargard-Posen	4	6	3½	102¾ bz
Thüringer	6⅔	7⅔	4	128½ B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 11/12	5 11/12	4	116 G.
Braunschw. B.	4	4	4	75 G
Bremer Bank.	5⅝	5	4	107¼ etw. bz.
Danziger Bank	6	6	4	100¾ etw. bz u G.
Darmst. Zettelb.	8⅝	9	4	102⅝ G.
Geraer Bank.	5¾	7⅝	4	99½ etw. bz u G.
Gothaer „	4½	5⅝	4	93 B.
Hannoversche B.	4½	5	4	99½ bz.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	105¼ B.
„ Vereins-B.	5 5/16	6 1/16	4	103½ B.
Königsberger B.	5⅝	5⅞	4	101½ B.
Luxemburger B.	10	10	4	106½ bz.
Magdeburger B.	4 1/15	4 1/15	4	82 etw. bz.
Posener Bank.	5 11/12	5 11/12	4	97½ G.
Preuss. Bank-A.	4 7/12	6 1/16	4½	128 G.
Thüringer Bank	2¾	3	4	72 B.
Weimar „	4	5	4	90¼ etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	109¾ bz u. G.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	95 B.
Darmstädter „	5	6¼	4	94¼ mehr bz.
Dessauer „	0	0	4	4⅞ B.
Disc.-Com.-Ant.	6	7⅛	4	101¼ B.
Genfer Credb. A.	2	—	4	59¾ bz u G.
Leipziger „	3	3½	4	82 G.
Meininger „	6	7	4	98½ B.
Moldauer Lds.-B.	1 1/15	2 1/15	4	36¼ G.
Oesterr. Credb. A.	7¼	8½	5	84¾ à 85 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	102 B.
Minerva	0	—	5	28¼ B
Fbr. v. Eisenbbdf.	5¼	—	5	104⅛ bz u. G.

\# **Breslau,** 24. Sept. Wind: Süd. Wetter: angenehm. Thermometer Früh 7° Wärme. Der Geschäftsverkehr zeigte im Allgemeinen heut wenig Regsamkeit, im Preisstand ist kaum eine Aenderung zu berichten.

Weizen behielt stilles Geschäft, pr. 84 Pfd. weißer 62—73 Sgr., gelber 58—65 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen bei schwacher Frage, pr. 84 Pfd. 45—48—50 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Gerste ruhig, pr. 70 Pfd. weiße 37—39 Sgr., gelbe 35—36 Sgr. — Hafer still, pr. 50 Pfd. 25—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken wenig angeboten. — Oelsaaten flau. — Bohnen ohne Frage. — Schlaglein flau. — Rapskuchen wenig beachtet, 51—56 Sgr. pr. Centner.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	62—68—73	Wicken	44—47—50
Gelber Weizen	58—63—66		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	45—48—50	Schlag-Leinsaat	160—180—195
Gerste	35—37—39	Winter-Raps	196—208—218
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	192—206—211
Erbsen	50—52—56	Sommer-Rübsen	164—178—184

Kleesaat, rothe mehr angeboten, 10—12—14—15 Thlr., weiße wenig beachtet, 12—14—16—19 Thlr. pr. Centner. Thymothee 6—7½ Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd netto 28—32 Sgr., pr. Metze neue 1½—2 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl und Spiritus ohne Umsatz.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.